

Hansestadt bleibt Tor zur Welt

taz Hamburg Nr. 7888 vom 3.2.2006, Seite 21, 117 TAZ-Bericht Eva Weikert

Kaum noch Chance auf Asyl: Zahl der Anträge sinkt weiter, Hamburg mit 1.679 Abschiebungen im Städtevergleich "auf hohem Niveau", immer mehr Migranten ausreisepflichtig. Innensenator Nagel veröffentlicht Jahresbilanz der Ausländerbehörde

von Eva Weikert

Hamburg registriert immer weniger Flüchtlinge. Die Zahl der Anträge auf Asyl oder Duldung ist im vergangenen Jahr erneut zurückgegangen. Die Stadt zählte insgesamt noch 15.775 Asylbewerber und offiziell Ausreisepflichtige - 1.400 Flüchtlinge weniger als 2004. Gegenüber 2001 ist das sogar ein Rückgang um 8.000 Menschen. Ein wichtiger Grund dafür sei die "Sicherung der EU-Außengrenzen", sagte Innensenator Udo Nagel (parteilos) gestern bei der Vorstellung der Jahresbilanz des Einwohnerzentralamtes.

Zugleich betonte er, auch in Zukunft an der "konsequenten Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer" festzuhalten. Die Abschiebezahlen bewegten sich in Hamburg weiterhin "auf hohem Niveau". Zwar ist die Zahl der Abschiebungen gegenüber 2004 um 744 auf 1.679 weiter gesunken. Nagel hält den Wert aber gleichwohl für "hoch". Berlin etwa habe Ende Dezember lediglich 1.425 Abschiebungen gezählt. Wie der Senator mit Verweis auf andere Städte und Bundesländer meinte, "sind die sinkenden Rückführungszahlen allgemeiner Trend".

Hauptursache dafür sei die EU-Erweiterung 2004 um zehn Länder. Die Schwelle für Abschiebungen dorthin sei deutlich erhöht worden, sodass "Rückführungen jetzt so gut wie nicht mehr gehen", ergänzte Amtsleiter Ralph Bornhöft. Zugleich beklagte er, Ausweisungen seien in vielen Fällen "schwierig", weil Betroffene zunehmend Abschiebehindernisse vorbringen. Deren Stichhaltigkeit zu prüfen, sei "in nicht unerheblichem Maße" personal- und zeitaufwendig.

Wie Bornhöft weiter ausführte, stellten nach 2.229 Menschen in 2004 voriges Jahr nur noch 1.599 Flüchtlinge in der Hansestadt einen Asylantrag. Zwei Drittel von ihnen wurden in andere Bundesländer geschickt, sodass 529 hier blieben. Die Zahl jener, die um eine Aussetzung der Abschiebung - eine Duldung - baten, sank gegenüber dem Vorjahr um 109 auf 299. Insgesamt aber wuchs die Zahl der Flüchtlinge mit dem wackeligen Status um 448 auf 12.155 in der Stadt an.

Wie Flüchtlingshelfer und auch die Grünen kritisieren, lebt ein großer Teil der Geduldeten über viele Jahre mit dem Status, der ihnen untersagt, zu arbeiten und eine Wohnung zu mieten. Die dauernde Unsicherheit und Diskriminierung mache die Betroffenen kaputt. Das seit einem Jahr bundesweit gültige Zuwanderungsgesetz zielt darauf ab, die Praxis der Kettenduldungen abzuschaffen und den Status auf 18 Monate zu begrenzen. Nagel sagte, "Kettenduldungen gibt es in Hamburg weiterhin", nicht das Verfahren, sondern das Gesetz müsse "evaluiert" werden.

Die größte Gruppe unter den Geduldeten stellen in Hamburg mit knapp 3.000 die Afghanen. Zwei Drittel von ihnen hätten einen Antrag auf ein Bleiberecht gestellt, berichtete der Senator. Von den bisher 440 geprüften Ersuchen seien vier Fünftel abgeschmettert worden. Der CDU-Senat war im April 2005 die erste Landesregierung, die Menschen in das kriegszerstörte Afghanistan zurückschickte. Bisher lässt Nagel ledige Männer und Ehepaare zurückbringen. Über den Start von Abschiebungen lediger Frauen und Familien sagte sein Amtsleiter Bornhöft: "Wir haben keinen Zeitplan."

Nach der Bilanz des Amtes sind seit Mai 42 Afghanen zwangsweise zurückgekehrt, 33 zum Flughafen bestellte sind untergetaucht. Damit verfehlte Senator Nagel das von der CDU erklärte Ziel, 2005 mindestens 300 Flüchtlinge abzuschieben. Trotzdem versicherte der Behördenpräses nun: "Ich bin mit der erreichten Zahl zufrieden."

Innensenator plant Feierstunde für Neubürger

Artikel erschienen am Fre, 3. Februar 2006 Welt.de

Zahl der Einbürgerungen steigt um zehn Prozent - Erstaufnahme für Flüchtlinge künftig in Horst

von Insa Gall

Die Hansestadt will eingebürgerte Ausländer künftig mit einer festlichen Zeremonie im Rathaus willkommen heißen. "Ich befürworte Einbürgerungsfeiern", sagte Innensenator Udo Nagel gestern bei der Jahresbilanz des Einwohner-Zentralamtes. Sie sollten den künftigen deutschen Staatsangehörigen in einem würdigen Rahmen vermitteln, daß sie willkommen seien. Er stelle sich dazu eine Feier im Rathaus vor, an der Vertreter der Bürgerschaft, des Senats und des Integrationsbeirates teilnehmen, so Nagel. Der Integrationsbeirat stehe hinter dem Plan. Nun sollen die Details geklärt werden.

Denn nach einer rückläufigen Entwicklung ist die Zahl der Einbürgerungsanträge 2005 erstmals wieder angestiegen - und zwar gleich um zehn Prozent. Sie kletterte von 5208 im Jahre 2004 auf 5733. "Das Interesse, Deutscher zu werden, hat wieder zugenommen", bilanzierte Nagel. Mit 969 Personen stammte die größte Gruppe der Neubürger aus der Türkei, gefolgt von den Afghanen (624), den Iranern (555) und den Polen (287 Personen). Die SPD-Abgeordnete Aydan Özoguz monierte, daß die Zahl der Anträge gleichwohl seit 2000 um 53 Prozent gesunken sei.

Nagel kündigte an, ausländische Terrorverdächtige und Straftäter weiter konsequent auszuweisen und abzuschicken. 2005 wurden in der Hansestadt vier als gefährlich eingestufte Islamisten abgeschoben. Seit 2003 mußten damit zehn Islamisten Hamburg verlassen. Der SPD-Abgeordnete Andreas Dressel kritisierte, die Möglichkeiten des Ausländerrechts würden in diesem Bereich noch nicht voll ausgeschöpft und forderte, bei Gefährdungen mit Abschiebehindernissen verstärkt Kommunikations- und Bewegungsverbote zu verhängen.

Insgesamt ist wie berichtet nicht nur die Zahl der Abschiebungen rückläufig, auch der Strom neuer Flüchtlinge ebbt ab. 2005 beantragten 1599 Menschen in Hamburg Asyl, das bedeutet einen Rückgang um 28 Prozent gegenüber dem Vorjahr. 2001 waren sogar noch 6020 Asylanträge gestellt worden. Zwei Drittel derjenigen, die 2005 in Hamburg Asyl suchten, wurden auf andere Bundesländer verteilt, 529 blieben in Hamburg. Insgesamt wurden 2005 in der Hansestadt 2772 Asylbewerber und 12 155 Menschen mit Duldung gezählt.

Sparen will Nagel künftig bei der Zentralen Erstaufnahme von Flüchtlingen. Nach dem Auslaufen des Pachtvertrages für das Wohnschiff "Bibby Altona" zum Jahresende sollen ankommende Flüchtlinge in einer Einrichtung in Nostorf/Horst in Mecklenburg-Vorpommern untergebracht werden. In Hamburg bleiben nur rund 50 kurzfristige Schlafplätze erhalten. Einsparvolumen: ein bis zwei Millionen Euro jährlich.

Seit Mai wurden lediglich 42 afghanische Flüchtlinge in ihre Heimat abgeschoben, 33 gingen freiwillig. In die Gesamtzahl von 108 Rückführungen rechnet die Behörde auch 33 Personen ein, die "unkontrolliert ausreisen". Das könnte auch bedeuten: Sie tauchten in Deutschland unter. Nagel erklärte, er sei mit der Zahl der Abschiebungen zufrieden. Die CDU hatte gefordert, 2005 mindestens 300 Afghanen zurückzuführen. "Eine Zielzahl", widersprach Nagel gestern, "gibt es nicht."

42 Afghanen abgeschoben - 33 reisten aus

erschienen am 3. Februar 2006 cd

Seit dem Ende des Abschiebestopps im Mai 2005 haben erst 75 der insgesamt etwa 5000 ausreisepflichtigen Afghanen Hamburg verlassen. Das sagte Ralph Bornhöft, Leiter des Einwohnerzentralamtes, gestern bei der Vorstellung der Jahresbilanz der Behörde. 33 der Afghanen reisten demnach freiwillig aus, 42 wurden abgeschoben. Innensenator Udo Nagel (parteilos) zeigte sich "zufrieden": "Von mir wird es keine Zahlenvorgaben geben, wie viele Afghanen bis wann Hamburg verlassen müssen."

Insgesamt sank die Zahl der Afghanen um 226. Darunter sind 118, die Asyl beantragten und in anderen Bundesländern unterkamen. 33 Afghanen tauchten unter, um der Abschiebung zu entgehen. Die Zahl der

Asylbewerber ist unterdessen 2005 erneut zurückgegangen. Zwei Drittel der Asylbewerber, die in Hamburg einen Antrag stellten, wurden anderen Bundesländern zugewiesen, so daß 2005 lediglich 529 Antragsteller (2004: 755) an der Elbe blieben. Als Grund nannte der Innensenator neben dem allgemeinen Rückgang der Flüchtlingszahlen in der EU unter anderem die "konsequente Sicherung der EU-Außengrenzen".

Die zentrale Erstaufnahme für Asylbewerber auf dem Wohnschiff "Bibby Altona" wird bis Ende 2006 geschlossen, Hamburg wird dann zur Unterbringung eine Einrichtung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Horst mitnutzen und will so mehr als eine Million Euro einsparen.

Mit zuletzt 12 155 Menschen nahezu unverändert seit 2003 ist die Zahl der Ausreisepflichtigen, die nicht ausgewiesen werden können - etwa weil dazu die erforderlichen Pässe fehlen. Ein besonderes Problem dabei stellen unverändert etwa 2000 Schwarzafrikaner dar, bei denen meist nicht klar ist, aus welchem Land sie stammen. "Das herauszufinden ist ein zähes Geschäft", sagte Behördenchef Bornhöft. Insgesamt wurden 1679 Menschen aus Hamburg abgeschoben. Im Jahr 2004 waren es noch 2423 gewesen. Grund für den Rückgang ist laut Innenbehörde unter anderem die EU-Osterweiterung. Nach dem Beitritt von zehn osteuropäischen Staaten sei die Schwelle für Abschiebungen und Ausweisungen in diese Länder deutlich höher gelegt worden. So sei Schwarzarbeit für Polen oder Litauer in Deutschland nur eine Ordnungswidrigkeit.

4335 Ausländer wurden 2005 eingebürgert, 500 weniger als 2004. Innensenator Nagel plädierte für sogenannte Einbürgerungsfeiern: "Ich stelle mir eine Feier im würdigen Rahmen im Rathaus mit Senat und Bürgerschaft vor."